

PIRATENPARTEI

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

PIRATEN setzen sich ein:

- Für **Privatsphäre** - online und offline
- Gegen präventive Überwachung
- Für **informationelle Selbstbestimmung**
- Gegen Vorratsdatenspeicherung und Zensur
- Für die **Achtung des Grundgesetzes**
- Für **Transparenz** in Politik und Verwaltung
- **Gläserner Staat statt gläserner Bürger!**
- Gegen heimliche Online-Durchsuchungen
- Für einen **freien Wettbewerb**
- Für **freie Bildung** und **gegen Studiengebühren**
- Für **freies Wissen** und gegen den Patentwahn
- Für ein **Recht auf Privatkopie** und ein **fares Urheberrecht** – für Nutzer **und** Künstler

MACH MIT!

<http://www.piratenpartei.de>

LÖSCHEN STATT SPERREN

Informationsblatt zur Internetzensur in Deutschland

Warum Stoppschilder keine Kinder schützen

Zehn Gründe gegen das Zugangerschwerungsgesetz

Am 18.06.2009 wurde das Zugangerschwerungsgesetz durch den Bundestag verabschiedet, vorgeblich ausschließlich als Bekämpfungsmaßnahme gegen Kinderpornografie. Tatsächlich aber findet hier die Etablierung einer Infrastruktur zu flächendeckender Zensur statt, welche rechtsstaatliche Prinzipien aushebelt.

Dieses Informationsblatt erklärt, warum das Gesetz **zweckfremd** und **gefährlich** ist und was stattdessen unternommen werden könnte und sollte.



PIRATENPARTEI

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

PIRATEN setzen sich ein:

- Für **Privatsphäre** - online und offline
- Gegen präventive Überwachung
- Für **informationelle Selbstbestimmung**
- Gegen Vorratsdatenspeicherung und Zensur
- Für die **Achtung des Grundgesetzes**
- Für **Transparenz** in Politik und Verwaltung
- **Gläserner Staat statt gläserner Bürger!**
- Gegen heimliche Online-Durchsuchungen
- Für einen **freien Wettbewerb**
- Für **freie Bildung** und **gegen Studiengebühren**
- Für **freies Wissen** und gegen den Patentwahn
- Für ein **Recht auf Privatkopie** und ein **fares Urheberrecht** – für Nutzer **und** Künstler

MACH MIT!

<http://www.piratenpartei.de>

LÖSCHEN STATT SPERREN

Informationsblatt zur Internetzensur in Deutschland

Warum Stoppschilder keine Kinder schützen

Zehn Gründe gegen das Zugangerschwerungsgesetz

Am 18.06.2009 wurde das Zugangerschwerungsgesetz durch den Bundestag verabschiedet, vorgeblich ausschließlich als Bekämpfungsmaßnahme gegen Kinderpornografie. Tatsächlich aber findet hier die Etablierung einer Infrastruktur zu flächendeckender Zensur statt, welche rechtsstaatliche Prinzipien aushebelt.

Dieses Informationsblatt erklärt, warum das Gesetz **zweckfremd** und **gefährlich** ist und was stattdessen unternommen werden könnte und sollte.



Warum das Gesetz **zweckfremd** und **gefährlich** ist:

1. Unwirksamkeit zum Schutz von Kindern

Laut Fahnderkreisen des BKA stammt ein Großteil des Materials von missbrauchten Kindern aus dem familiären Umfeld. *Eine Internet-Zensur fördert eine Kultur des Wegsehens. Zum Schutz der Kinder müssen derartige Seiten komplett gelöscht und die Täter strafrechtlich verfolgt werden* – auf internationaler Ebene. Hier darf kein Budget für eine überflüssige, aufwändig zu pflegende Sperrliste missbraucht werden.

2. Förderung der Kinderpornografie durch das Gesetz

Die angestrebte Sperre ist technisch nicht nur unwirksam, sondern fördert entgegen ihrer Intention sogar die Kinderpornografie. Die vermeintlich geheimen Sperrlisten können öffentlich werden, wie dies bereits in Dänemark geschah. So wird die Sperrliste zu einer Art "Katalog" für Pädophile. Auch dienen die Sperren als Indikator, ob eine Seite bereits den Verfolgungsbehörden bekannt ist. So können Kriminelle sich noch besser dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entziehen.

3. Vorsätzlicher Grundgesetzbruch

Mit dem Gesetz wird die Gewaltenteilung mit der Judikative als Kontrollinstanz übergangen. Anstelle einer richterlichen Anordnung sollen nur stichprobenartige Kontrollen der Sperrliste durchgeführt werden. Auch Artikel 5 des Grundgesetzes wird ausgehebelt, welcher Zensur klar verneint: „Eine Zensur findet nicht statt“

4. Flächendeckende Zensur-Infrastruktur

Mehrere Abgeordnete der CDU sowie SPD äußerten bereits den Wunsch, die Sperren für weitere Zwecke nutzen zu wollen – darunter auch legale und international anerkannte Inhalte wie z.B. Computerspiele aus dem Action-Genre. In einer Erklärung der CDU wurden sogar Urheberrechtsverletzungen auf eine Stufe mit Kinderpornografie gestellt.

5. Falsche Sperren

Die Sperren können zu enormen Nebenwirkungen führen. Neben nicht zu vermeidenden Irrtümern können ansonsten harmlose Webseiten – Firmenauftritte und private Seiten gleichermaßen – auf die Sperrlisten geraten, wenn Kriminelle auf den Servern einbrechen und entsprechende Materialien in versteckten Ordnern platzieren. Dass dies zu einem enormen Imageschaden führen und Existenzen Unschuldiger zerstören kann, haben Beispiele aus anderen Ländern gezeigt. Gerade in solchen Fällen wäre eine zügige Entfernung des Materials jedoch problemlos machbar.

6. Erneuter Missbrauch von Missbrauchsoffern

Das Gesetz missbraucht die Opfer erneut – diesmal zu politischen Zwecken. Etwas, wogegen sich selbst die Missbrauchsoffer wehren. So positioniert sich der Verein MOGIS (Missbrauchsoffer gegen Internetzensur e.V.) deutlich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung.

7. Fehlender Anlass

Ursula von der Leyen führt als Anlass zum Gesetz den sprunghaften Anstieg von Kinderpornografie im Netz an. Die offizielle Kriminalstatistik vermeldet hingegen einen Rückgang von 25%. Laut einschlägigen Expertenmeinungen findet der Austausch von Kinderpornografie primär in geschlossenen Kreisen statt, selten auf öffentlich erreichbaren Websites. Eine Sperre ändert hier nichts. Als weiteres Argument führte von der Leyen die internationale Entwicklung der Kinderporno-Szene an. Auf eine Anfrage der FDP an die Bundesregierung hin wurde jedoch öffentlich, dass der Bundesregierung keinerlei Daten zu dem Thema vorliegen.

8. Ignorieren von Bürgerbegehren und Expertenmeinungen

Die größte Petition an den Bundestag in der Geschichte der Bundesrepublik - mit über 134.000 Mitzeichnern - wurde ignoriert, stattdessen wurde das Gesetz in einem verfassungsrechtlich fragwürdigen Eilverfahren durchgedrückt. Vielfältige Expertenmeinungen, auch die des juristischen Dienstes des Bundestages, wurden ebenso ignoriert.

9. Diffamierung von Bürgerrechtlern und Kritikern

Kritiker des Gesetzes wurden wiederholt durch die Union öffentlich in eine Ecke mit Pädophilen gerückt, indem man ihnen vorwarf, Kinderpornografie zu tolerieren. Und das trotz des Wissens, dass ihre Forderung nach verschärfter Strafverfolgung und Löschung umsetzbar ist: Laut Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags könnte das BKA durch direktes Anschreiben ausländischer Provider eine Löschung erwirken. Die Initiative Jugendschutz.net war – neben anderen – mit dieser Methode bereits äußerst erfolgreich.

10. Manipulierte Umfragen

Mit Hilfe von Suggestivfragen und dem Vorenthalten von Informationen wurden Umfragen erstellt, deren Ergebnis verlauten lässt, dass 90% der Deutschen sich für das besagte Gesetz aussprechen. Eine unabhängige Umfrage mit allen relevanten Informationen hingegen führte genau zum gegenteiligen Ergebnis: 92% der Befragten sprachen sich gegen die Sperre aus.

Die Piratenpartei setzt sich für echten Kinderschutz statt wirkungsloser und gefährlicher Symbolpolitik ein. Entgegen aller Behauptungen der Bundesregierung wurde oft genug gezeigt, dass das Löschen kinderpornografischer Seiten möglich ist. Daher fordern wir:

**Löschen statt Sperren,
Kinderschutz statt Zensur!**

Warum das Gesetz **zweckfremd** und **gefährlich** ist:

1. Unwirksamkeit zum Schutz von Kindern

Laut Fahnderkreisen des BKA stammt ein Großteil des Materials von missbrauchten Kindern aus dem familiären Umfeld. *Eine Internet-Zensur fördert eine Kultur des Wegsehens. Zum Schutz der Kinder müssen derartige Seiten komplett gelöscht und die Täter strafrechtlich verfolgt werden* – auf internationaler Ebene. Hier darf kein Budget für eine überflüssige, aufwändig zu pflegende Sperrliste missbraucht werden.

2. Förderung der Kinderpornografie durch das Gesetz

Die angestrebte Sperre ist technisch nicht nur unwirksam, sondern fördert entgegen ihrer Intention sogar die Kinderpornografie. Die vermeintlich geheimen Sperrlisten können öffentlich werden, wie dies bereits in Dänemark geschah. So wird die Sperrliste zu einer Art "Katalog" für Pädophile. Auch dienen die Sperren als Indikator, ob eine Seite bereits den Verfolgungsbehörden bekannt ist. So können Kriminelle sich noch besser dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entziehen.

3. Vorsätzlicher Grundgesetzbruch

Mit dem Gesetz wird die Gewaltenteilung mit der Judikative als Kontrollinstanz übergangen. Anstelle einer richterlichen Anordnung sollen nur stichprobenartige Kontrollen der Sperrliste durchgeführt werden. Auch Artikel 5 des Grundgesetzes wird ausgehebelt, welcher Zensur klar verneint: „Eine Zensur findet nicht statt“

4. Flächendeckende Zensur-Infrastruktur

Mehrere Abgeordnete der CDU sowie SPD äußerten bereits den Wunsch, die Sperren für weitere Zwecke nutzen zu wollen – darunter auch legale und international anerkannte Inhalte wie z.B. Computerspiele aus dem Action-Genre. In einer Erklärung der CDU wurden sogar Urheberrechtsverletzungen auf eine Stufe mit Kinderpornografie gestellt.

5. Falsche Sperren

Die Sperren können zu enormen Nebenwirkungen führen. Neben nicht zu vermeidenden Irrtümern können ansonsten harmlose Webseiten – Firmenauftritte und private Seiten gleichermaßen – auf die Sperrlisten geraten, wenn Kriminelle auf den Servern einbrechen und entsprechende Materialien in versteckten Ordnern platzieren. Dass dies zu einem enormen Imageschaden führen und Existenzen Unschuldiger zerstören kann, haben Beispiele aus anderen Ländern gezeigt. Gerade in solchen Fällen wäre eine zügige Entfernung des Materials jedoch problemlos machbar.

6. Erneuter Missbrauch von Missbrauchsoffern

Das Gesetz missbraucht die Opfer erneut – diesmal zu politischen Zwecken. Etwas, wogegen sich selbst die Missbrauchsoffer wehren. So positioniert sich der Verein MOGIS (Missbrauchsoffer gegen Internetzensur e.V.) deutlich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung.

7. Fehlender Anlass

Ursula von der Leyen führt als Anlass zum Gesetz den sprunghaften Anstieg von Kinderpornografie im Netz an. Die offizielle Kriminalstatistik vermeldet hingegen einen Rückgang von 25%. Laut einschlägigen Expertenmeinungen findet der Austausch von Kinderpornografie primär in geschlossenen Kreisen statt, selten auf öffentlich erreichbaren Websites. Eine Sperre ändert hier nichts. Als weiteres Argument führte von der Leyen die internationale Entwicklung der Kinderporno-Szene an. Auf eine Anfrage der FDP an die Bundesregierung hin wurde jedoch öffentlich, dass der Bundesregierung keinerlei Daten zu dem Thema vorliegen.

8. Ignorieren von Bürgerbegehren und Expertenmeinungen

Die größte Petition an den Bundestag in der Geschichte der Bundesrepublik - mit über 134.000 Mitzeichnern - wurde ignoriert, stattdessen wurde das Gesetz in einem verfassungsrechtlich fragwürdigen Eilverfahren durchgedrückt. Vielfältige Expertenmeinungen, auch die des juristischen Dienstes des Bundestages, wurden ebenso ignoriert.

9. Diffamierung von Bürgerrechtlern und Kritikern

Kritiker des Gesetzes wurden wiederholt durch die Union öffentlich in eine Ecke mit Pädophilen gerückt, indem man ihnen vorwarf, Kinderpornografie zu tolerieren. Und das trotz des Wissens, dass ihre Forderung nach verschärfter Strafverfolgung und Löschung umsetzbar ist: Laut Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags könnte das BKA durch direktes Anschreiben ausländischer Provider eine Löschung erwirken. Die Initiative Jugendschutz.net war – neben anderen – mit dieser Methode bereits äußerst erfolgreich.

10. Manipulierte Umfragen

Mit Hilfe von Suggestivfragen und dem Vorenthalten von Informationen wurden Umfragen erstellt, deren Ergebnis verlauten lässt, dass 90% der Deutschen sich für das besagte Gesetz aussprechen. Eine unabhängige Umfrage mit allen relevanten Informationen hingegen führte genau zum gegenteiligen Ergebnis: 92% der Befragten sprachen sich gegen die Sperre aus.

Die Piratenpartei setzt sich für echten Kinderschutz statt wirkungsloser und gefährlicher Symbolpolitik ein. Entgegen aller Behauptungen der Bundesregierung wurde oft genug gezeigt, dass das Löschen kinderpornografischer Seiten möglich ist. Daher fordern wir:

**Löschen statt Sperren,
Kinderschutz statt Zensur!**